

Niederschrift

über die 11. Sitzung / 16. WP der Gemeindevertretung am Donnerstag, den 28. Juni 2012.

Sitzungsort: Dorfgemeinschaftshaus Niederlemp
Sitzungsdauer: 19.00 Uhr – 20.44 Uhr

Anwesend sind:

a) die Mitglieder der Gemeindevertretung:

1. Dr. Rauber, David -Vorsitzender-
2. Bell, Rainer
3. Bell, Tobias
4. Clößner, Wolfgang -bei TOP 5 abwesend, 19.13 - 19.15 Uhr-
5. Gohl, Timotheus
6. Gombert, Daniel
7. Hedrich, Holger
8. Herbel, Burkhard
9. Jakob, Dirk
10. Rumpf, Ulrich
11. van Moll, Winfried
12. Wild, Oliver
13. Arch, Stefan
14. Emmelius, Heiko
15. Groß, Klaus
16. Henrich, Erhard
17. Hohn, Hans-Ulrich
18. Koch, Sebastian
19. Mock, Gabriele
20. Rau, Petra
21. Dr. Rauber, Kirsten
22. Stopperka, Karin
23. Ullrich, Dieter
24. Gröf, Timo
25. Kuhlmann, Erich
26. Kunz, Hans-Jürgen
27. Schlagbaum, Willibald
28. Schweitzer, Martin
29. Rill, Berthold

b) die Mitglieder des Gemeindevorstandes:

1. Bürgermeister Jürgen Mock
2. Erster Beigeordneter Karl-Heinz Eckhardt
3. Beigeordneter Joachim Keiner
4. Beigeordneter Karl-Heinz Naumann
5. Beigeordneter Werner Neu

c) der Schriftführer:

Daniel Rumpf

1. Eröffnung und Begrüßung

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung, begrüßt die anwesenden Gemeindevertreter/innen, die Mitglieder des Gemeindevorstandes, den Vertreter der Wetzlarer Neuen Zeitung, Herrn Gerd Heiland, die Mitarbeiter der Verwaltung sowie die zahlreich erschienenen Zuhörer/innen.

2. Feststellung der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung

Der Vorsitzende stellt die Beschlussfähigkeit der Gemeindevertretung fest. Änderungen zur Tagesordnung werden nicht gewünscht.

3. Mitteilungen und Anfragen

3.1 Mitteilungen

Vorsitzender Rauber teilt mit, dass ...

- a) ... der Vorschlag der Verwaltung gemacht worden sei, die Sitzungen der Gemeindevertretung generell in der Volkshalle Ehringshausen durchzuführen. Die Erfahrung habe gezeigt, dass die Intention mehr Zuschauer allein durch Tagungen in den verschiedenen Ortsteilen anzuziehen, sich nicht realisiert habe. Weiter sei es aus Platzgründen ebenso nur möglich in vier der neun Ortsteile zu tagen. Daher bittet er die Fraktionen über die Sommerpause des Plenums über diesen Vorschlag zu beraten.
- b) ... am 29.09.2012 wieder mit Gemeindevertretung und Gemeindevorstand eine durch die Förster geführte Waldbegehung anberaumt sei.
- c) ... das Amtsgericht Wetzlar dem Vorschlag der Gemeindevertretung gefolgt sei Herrn Will Diehl erneut zum Ortsgerichtsvorsteher zu bestellen. Weiter lasse Herr Diehl ausrichten, dass er sich für das einstimmig entgegengebrachte Vertrauen bedanke.

Bürgermeister Mock teilt mit, dass ...

- a) ... die Termine der Gemeindevertretung stets weit im Voraus festgelegt würden und daher das Zusammenfallen des Termins mit dem EM-Spiel der deutschen Nationalmannschaft zufällig sei und bittet deswegen um Nachsicht.
- b) ... der Gemeindevertretung als Tischvorlage die gewünschte „Kostenaufstellung Gedenkstelen OT Greifenthal“ ausgeteilt worden sei, die Auskunft über die angefallenen Ausgaben gebe.
- c) ... es auf die entsprechende Anfrage des Gemeindevertreters Jakob, betreffend den Abriss der Kegelbahn des Bürgerhofes, folgenden Sachstand gebe. Das Brandschutzkonzept des Objekts werde aktuell im Hinblick auf diesen Abriss überarbeitet. Nach Vorlage des Ergebnisses, werde Konzept sowie Abbruchantrag dem Lahn-Dill-Kreis (LDK) zur Prüfung vorgelegt. Dies werde voraussichtlich bis Ende Juli geschehen.
- d) ... am Vortag ein kurzfristiges Treffen zum Thema Dirtbike-Strecke Ehringshausen stattgefunden habe. Sowohl interessierte Jugendliche, als auch

der Betreiber der Anlage in Wetzlar-Dalheim seien dabei anwesend gewesen. Der Baubeginn für die ehringshäuser Strecke sei der 16. Juli 2012.

- e) ... der LDK mit Schreiben vom 25.06.2012 mitgeteilt habe, dass der Antrag der Gemeinde Ehringshausen auf Förderung neuer Krippenplätze in Ehringshausen an das Hess. Sozialministerium weitergeleitet werde und man absprachegemäß die Schaffung von 20 neuen Plätzen befürworte.
- f) ... in Bezug auf das Projekt „Bahnsteigzugang aus Richtung Ichelhausen“ auf dem Bahngelände des Bahnhofes in Ehringshausen folgendes zu erklären sei. Die Deutsche Bahn AG habe mitgeteilt, dass seitens ihres Unternehmens keinerlei Interesse an dieser Maßnahme bestehe. Daher werde man auch keine Kosten übernehmen. Da sich diese im Bereich von 20.000 bis 30.000 € befänden, habe der Gemeindevorstand beschlossen, das Projekt nicht weiter zu verfolgen.
- g) ... die Wirtschafts- und Infrastrukturbank Hessen (WI-Bank), die für das Land Hessen die Finanzierung des Konjunkturprogrammes aus 2009 organisiere, die durch die Gemeinde eingereichten Verwendungsnachweise geprüft habe. Mit Schreiben vom 19.06.2012 bestätige man, dass diese Prüfung keine Beanstandungen ergeben habe und die Mittel somit ordnungsgemäß verwandt worden seien.
- h) ... dass bei dem kürzlich geschehenen Verkehrsunfall zwischen Aßlar und Werdorf zwei Personen zu Tode gekommen seien. Er habe sowohl mit den Hinterbliebenen, als auch mit dem Jugendamt Verbindung aufgenommen und eine Spendensammlung initiiert. Dieser Aufruf sei bereits veröffentlicht und er werbe um Beteiligung an dieser Sammlung.

3.2 **Anfragen**

- a) ... Gemeindevertreter Wild nimmt Bezug auf das beschlossene Haushaltssicherungskonzept und dabei insbesondere auf die angedachte Erhöhung des Deckungsgrades im Bereich Vermietung von Dorfgemeinschaftshäusern. Er fragt an, in wie weit hier eine (Erfolgs-) Kontrolle erfolge und wie die aktuellen Zahlen seien.
Bürgermeister Mock erwidert, dass bislang keine „schlüssige Lösung“ gefunden worden sei die bestehende Kostenunterdeckung zu verringern. Es sei beispielsweise nicht zielführend zur Erreichung des angepeilten Grades von 15% nun ausschließlich die Vereine zur Kasse zu bitten. Daher sei die entsprechende Diskussion innerhalb des Gemeindevorstandes noch nicht abgeschlossen, was allerdings im Laufe des zweiten Halbjahres 2012 der Fall sein und in einen Vorschlag für die Gemeindevertretung münden werde.
Gemeindevertreter Jakob regt an, diesen Punkt, nach Erörterung in den Haushaltsberatungen im Herbst, aus dem Konzept herauszunehmen.
- b) ... Gemeindevertreter Ullrich fragt an, ob es machbar sei, möglichst kurzfristig, die Bürgersteige im Bereich der Apotheke im Ortsteil Katzenfurt bei den dortigen Ampeln abzusenken. Besonders für ältere Mitbürger/-innen stelle die derzeitige Höhe der Bordsteine ein erhebliches Hindernis dar.
Bürgermeister Mock sagt eine Überprüfung zu.
- c) ... Gemeindevertreter Gröf fragt erneut nach dem aktuellen Sachstand zum Thema Löschwasserzisterne Niederlemp.
Bürgermeister Mock entgegnet, dass es dabei keine neuen Informationen gebe.

4. **Vorhabenbezogener Bebauungsplan „Grundmühle“ 1. Änderung;
hier: Aufstellungsbeschluss**

Auf die Verwaltungsvorlage vom 05.06.2012 wird verwiesen.

Bürgermeister Mock macht deutlich, dass er hierbei das Votum des Gemeindevorstandes zu vertreten habe. Das Gremium habe beschlossen, dass er ursprüngliche Bebauungsplan umgesetzt werden solle. Anderslautende Tendenzen seien nachvollziehbar und begründbar, jedoch habe man hier anders votiert.

Sowohl Haupt- und Finanzausschuss als auch Bau- und Umweltausschuss empfehlen der Gemeindevertretung den Beschluss.

Beschluss:

Die Gemeindevertretung beschließt gemäß § 2 Absatz 1 Baugesetzbuch die Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes „Grundmühle“, 1. Änderung in der Gemarkung Kölschhausen.

Abstimmung: einstimmig

5. **Bebauungsplan OT Daubhausen Nr. 3 „Vor dem Hofgarten“; 4. Änderung
hier: Satzungsbeschluss**

Auf die Verwaltungsvorlage vom 05.06.2012 wird verwiesen.

Bürgermeister Mock macht noch einmal deutlich, dass in Bezug auf den Lärmschutz der Bevölkerung im Fall keine Bedenken bestünden. Das neue Bauwerk sei ein sogenannter „Reinraum“, der selbst keine Lärm emittierenden Maschinen enthalte.

Sowohl Haupt- und Finanzausschuss als auch Bau- und Umweltausschuss empfehlen der Gemeindevertretung den Beschluss.

Beschluss:

Die Gemeindevertretung beschließt die in der Anlage befindlichen Beschlussempfehlungen zu den Anregungen und Hinweisen aus der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange als Stellungnahmen der Gemeinde Ehringshausen.

Weiter beschließt die Gemeindevertretung den Entwurf des Bebauungsplans OT Daubhausen Nr. 3 „Vor dem Hofgarten“, 4. Änderung - bestehend aus Planzeichnung und textlichen Festsetzungen - gemäß § 10 Baugesetzbuch als Satzung und billigt die Begründung.

Abstimmung: einstimmig

Gemeindevertreter Clößner hat während Beratung und Beschlussfassung gemäß § 25 HGO den Saal verlassen.

6. **Breitband;
Vorbereitung zur Gründung einer GmbH**

Auf die Verwaltungsvorlage vom 05.06.2012 wird verwiesen.

Gemeindevertreter Jakob macht die Unterstützung seiner Fraktion für das Vorhaben deutlich, weist aber auf einige Irritationen im Prozess hin, die auch im Kreistag Behandlung gefunden hätten. Die Gemeinde Ehringshausen beteilige sich bei der geplanten GmbH zunächst mit rund 2.000 € am Stammkapital. In den nächsten Jahren stünde, nach Mitteilung des Landrats, ein Investitionsbedarf von voraussichtlich circa 5 Mio. € an. Diese Gelder würden dann auf die verschiedenen Gemeinden umgelegt, was er dem Plenum deutlich vor Augen führen wolle. Genauso klar sei jedoch, dass das Thema Breitbandversorgung sowohl Zukunftsthema als auch Zukunftschance sei und sich Ehringshausen dem nicht entziehen dürfe.

Sowohl Haupt- und Finanzausschuss als auch Bau- und Umweltausschuss empfehlen der Gemeindevertretung den Beschluss.

Beschluss:

Die Gemeindevertretung fasst folgenden Beschluss:

1. Die Gemeinde Ehringshausen erklärt ihr Interesse, an dem flächendeckenden Ausbau der Breitband-Versorgung zu einem Hochgeschwindigkeitsnetz (NGA) mit mindestens 50 MBit/s, mitzuwirken. Grundlage dafür ist die zwischen dem Lahn-Dill-Kreis und den Städten und Gemeinden des Lahn-Dill-Kreises abgeschlossene öffentlich-rechtliche Vereinbarung vom 21.09.2011.

Ziel ist es, die Kooperation in die Rechtsform einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung zu überführen und im Rahmen der GmbH die notwendigen Umsetzungsschritte gemäß der Machbarkeitsstudie der Firma Broadband Academy vom 23.01.2012 einzuleiten.

2. Der Gemeindevorstand wird beauftragt,
 - die notwendigen Prüfungen und Abstimmungen mit den übrigen Beteiligten voranzubringen,
 - den Gesellschaftsvertrag unter Beachtung der gesetzlichen Rahmenbestimmungen auszuhandeln und der Gemeindevertretung zur abschließenden Beschlussfassung vorzulegen.

Dabei sollen folgende Eckpunkte berücksichtigt werden.

- Kooperation in einer GmbH, die zu 100 % in Trägerschaft des Lahn-Dill-Kreises und der kreisangehörigen Städte und Gemeinden steht (kommunale Eigengesellschaft);
- Vorlage eines Geschäftsmodells, welches die Finanzierung der beabsichtigten Gesamtinvestitionen unter Inanspruchnahme staatlicher Förderung und Sicherungsmittel ermöglicht (einschließlich Risikobetrachtung) und die Refinanzierung der Investitionen ohne Zuschüsse des Kreises und der Kommunen sicherstellt;
- Beschränkung der Haftung der Gesellschafter auf den Geschäftsanteil in der GmbH.

Abstimmung: einstimmig

7. **Ausübung eines Vorkaufsrechts gem. § 25 BauBG**

Auf die Verwaltungsvorlage vom 12.06.2012 wird verwiesen.

Sowohl Haupt- und Finanzausschuss als auch Bau- und Umweltausschuss empfehlen der Gemeindevertretung den Beschluss.

Beschluss:

Die Gemeindevertretung beschließt, auf das Besondere Vorkaufsrecht gemäß § 25 BauGB für das bebaute Grundstück, Gemarkung Ehringshausen Flur 22, Flurstück 7/1 (Poststraße 18) zu verzichten.

Abstimmung: einstimmig

8. **Grundstücksangelegenheit Nr. 492**

Auf die Verwaltungsvorlage vom 05.06.2012 wird verwiesen.

Sowohl Haupt- und Finanzausschuss als auch Bau- und Umweltausschuss empfehlen der Gemeindevertretung den Beschluss.

Beschluss:

Die Gemeindevertretung beschließt nachfolgenden Grundstücksankauf:

Verkäufer: Erwin und Gretel Rausch, Im Volkersbach 13, 35630 Ehringshausen
Grundstück: Gemarkung Niederlemp, Flur 7, Flurstück 14 (In den Birken)
Größe: 2.375 m²
Kaufpreis (2.375 m² x 1,40 €) = 3.325,00 €

Kostenträger der Umschreibung ist der Käufer.

Abstimmung: einstimmig

9. **Antrag der FWG-Fraktion vom 22.05.2012;
Änderung der Friedhofsordnung zur Beisetzung von Aschenurnen in Rasen-
grabstätten**

Auf den Antrag der FWG-Fraktion vom 22.05.2012 wird verwiesen.

Gemeindevertreter Kunz macht deutlich, dass die Nachfrage aus der Bevölkerung nach einer Beisetzung in Reihenrasengräbern eindeutig vorhanden sei. Bei einer Ortsbegehung in Greifenthal sei jedoch deutlich geworden, dass eine Befriedigung dieser Nachfrage aufgrund bestehender satzungsrechtlicher Regelungen problematisch sei. Um diese Probleme auszuräumen und den Bedarf künftig bedienen zu können, bitte er um Beschluss der vorgelegten Änderungen der Friedhofssatzung.

Gemeindevertreter Jakob sagt namens seiner Fraktion die Unterstützung zu dem Vorhaben zu und fragt an, ob direkt ein Beschluss der Änderungen herbeigeführt werden könne und die textlichen Festsetzungen bereits vorab geprüft worden seien.

Bürgermeister Mock befürwortet zunächst eine Beratung im Gemeindevorstand sowie den Ausschüssen, um die Formulierungen fachlich, sachlich und juristisch zu prüfen. Weiter kündigt er an, dass der Gemeindevorstand möglicherweise noch weitergehende Regelungen mit vorschlagen werde (Stichwort Baumbestattungen).

Beschluss:

Der Gemeindevorstand wird beauftragt die Friedhofsordnung der Gemeinde Ehringshausen in folgenden Punkten zu ändern bzw. zu ergänzen:

Aktuelle Fassung der Friedhofsordnung	Geänderte Fassung der Friedhofsordnung
<p>§ 21 Urnengrabstätten, Urnennischen d) in belegten Rasen-Reihengrabstätten für Erdbestattungen (2 Urnen) (3) Die Beisetzung von Aschenurnen in Reihengräbern und Rasen-Reihengrabstätten ist nur innerhalb von 10 Jahren nach der Erdbestattung möglich.</p> <p>§ 24 Gestaltung der Rasenreihengräber (1) Rasenreihengräber sind Grabstätten für Erdbestattungen. In jedem Rasenreihengrab darf nur eine Leiche beigesetzt werden. Eine Verlängerung nach Ablauf der Ruhefrist ist nicht möglich.</p>	<p>§ 21 Urnengrabstätten, Urnennischen d) in Rasenreihengrabstätten für Erdbestattungen (2 Urnen) (3) Die Beisetzung von Aschenurnen in Reihengräbern und belegten Rasen-Reihengrabstätten ist nur innerhalb von 10 Jahren nach der Erdbestattung möglich.</p> <p>§ 24 Gestaltung der Rasenreihengräber (1) Rasenreihengräber sind Grabstätten für Erdbestattungen. In jedem Rasenreihengrab darf nur eine Leiche und bis zu zwei Urnen beigesetzt werden. Eine Verlängerung nach Ablauf der Ruhefrist ist nicht möglich.</p>

Außerdem ist zu prüfen, ob **§19 Absatz 3** durch einen zusätzlichen Punkt, Maße für Urnengräber, ergänzt werden muss:

3. Für die Beisetzung von Urnen
Länge: 1,00 m
Breite: 0,60 m
Abstand: 0,30 m (Mindestmaß)

Abstimmung: einstimmig

10. **Antrag der CDU-Fraktion vom 01.06.2012:** **Übertragung der Entscheidung zum endgültigen Standort der Stelen an den Ortsbeirat Greifenthal**

Auf den Antrag der CDU-Fraktion vom 01.06.2012 wird verwiesen.

Gemeindevertreter Jakob macht deutlich, dass man mit Abstimmung über den vorliegenden Beschluss entscheide, ob man Politik für die Bürger oder für den Bürgermeister mache. Sein Politikverständnis gebiete diese Chance zu nutzen, eine sachgerechte und faire Entscheidung dort treffen zu lassen, wo diese hingehöre, in

den Ortsbeirat Greifenthal. Dies könne objektiv keine Kontroverse sein, die Frage sei sogar ein Paradebeispiel für die Aufgabe eines Ortsbeirates. Das Denkmal könne nur dort stehen, wo die Mehrheit der Bevölkerung sowie des Ortsbeirates es akzeptierten. Dieses Faktum stünde auch im derzeitigen Stand des Prozesses nach wie vor.

Man habe, ohne den Gemeindevorstand zu beteiligen, einen „ziemlich holprigen Alleingang des Bürgermeisters“ erleben müssen, der gravierende politische Fehler im Umgang mit den Bürgern und dem Ortsbeirat in Greifenthal offenbart habe. Eine umfassende Information des Ortsbeirates sei viel zu spät erfolgt, es seien nur unumstößliche Fakten weitergegeben worden und im Vorfeld sei das Projekt sogar ganz anders dargestellt worden. Bis dato läge kein positiver Beschluss des Ortsbeirates für die Stelen oder deren Standort vor, sondern im Gegenteil existiere nur der zu Rückbau und Versetzung des Denkmals. Daher müsse man klar sagen, dass der Ortsbeirat zu keinem Zeitpunkt eine Entscheidungsfreiheit gehabt habe. Die gebildete Kommission sei nur ein „halbherziger Versuch die Sache zu retten“ gewesen. Man habe dort den zentralen Punkt, nämlich die Standortfrage, nicht diskutiert, obwohl der Ortsbeirat klar geäußert habe, dass nicht der Text, sondern der Standort der Kern des Disputes sei. Das Verhalten des Bürgermeisters, im Wissen um die Hintergründe und die geäußerten Probleme, sei im Folgenden nur als „ziemlich naiv“ zu beschreiben. Es habe sehr deutliche Stimmen gegeben, den Einweihungstermin einfach zu verschieben, um Zeit zu gewinnen, den Konflikt gütlich zu lösen. Jakob fragt, warum diese Chance vertan und auf dem Termin beharrt worden sei. Dabei sei es abwegig von diplomatischen Verwicklungen zu sprechen, nur weil ein Termin verschoben werden müsse. Weiter ruft er in Erinnerung, dass der Ortsbeirat drei Tage vor Einweihung getagt habe und hier der Bürgermeister nicht anwesend gewesen sei. Es sei völlig egal, ob er sonst stets den Sitzungen beiwohne, hier sei es wichtig gewesen, um auf der Zielgeraden noch zu versuchen die Wogen zu glätten. Karl-Heinz Eckhardt sei als Stellvertreter anwesend gewesen und habe viel Verständnis gezeigt und die Meinung geteilt, dass man kein Denkmal gegen den Ortswillen errichten könne. Er habe sogar bei der Formulierung des Antrags zur Versetzung geholfen. Folgerichtig seien er und die FWG geschlossen dem Einweihungsakt fern geblieben. Dies ebenso wie alle Bürger des Ortsteils. Der gestellte Antrag sei im Gemeindevorstand dann abgelehnt worden, was sehr verwundere und mangelnde Kommunikation zwischen Bürgermeister und Vertreter vermuten lasse, so Jakob.

Weitere „politische Fehler des Bürgermeisters“ lasse dessen Offener Brief im Gemeindeblättchen erkennen. Sinngemäß und überspitzt sei Tenor dessen gewesen, dass als erstes der Bürgermeister komme, dann lange gar nichts und dann Ortsbeirat und Bürger. Juristisch könne man dem zustimmen, aber als richtiger kommunalpolitischer Ansatz sei dies nicht zu werten. Die Bürgerinitiative werde durch den Bürgermeister „abqualifiziert“. Insgesamt 100 Unterschriften gegen die Stelen, müsse man, nach Berücksichtigung der Örtlichkeiten, wohl als Votum des gesamten Ortskerns werten. Dies bezeichne der Rathauschef als „nicht repräsentativ“. Er kritisiere sogar das Flugblatt des Ortsbeirates, das zum Besuch der Gemeindevertreterversammlung aufrufe, als „reine Stimmungsmache“. Jakob macht hierüber sein Unverständnis deutlich, da seiner Ansicht nach, das Engagement der Bürger zu politischen Prozessen doch hoch willkommen sei und untrennbar zur Kommunalpolitik gehöre. Die „dünnhäutige Reaktion“ des Bürgermeisters verstöre hier sehr. Als Fazit sei also festzuhalten, dass im Umgang mit Bürgern und deren Beirat „gewaltig der Wurm drin“ gewesen sei. Die entscheidende Frage, nämlich ob es eine faire Einbindung des Ortsbeirates gegeben habe, könne man nur verneinen. Jakob stellt den guten Willen des Bürgermeisters etwas Gutes für die Kommune zu tun, nicht in Abrede, jedoch habe er jetzt mit diversen Fehlern dafür gesorgt, dass „sein Bild in der Öffentlichkeit den einen oder anderen Kratzer abbekommen“ habe. Seine Aufgabe frühzeitig und vorausschauend den Konflikt zu entschärfen, sich Rat

einzuholen und die Menschen einzubinden, habe er nicht erfüllt und dadurch in der Sache „keine gute Figur gemacht“.

Es könne keinesfalls positiv sein, wenn nun die Chance für eine Einigung verbaut würde, die der CDU-Antrag darstelle und damit „den zahlreichen Fehlern, die der Bürgermeister gemacht hat, nachträglich die Absolution erteilt“ werde. Er wirbt darum ein deutliches Zeichen zu Fairness und Wertschätzung der Ortsbeiräte zu setzen und nicht nur den Buchstaben der Hess. Gemeindeordnung (HGO) zu folgen. Zur Verdeutlichung zitiert er Passagen aus den Parteiprogrammen der FWG sowie der SPD, die unisono die Stärkung des Bürgerwillens einfordern. Wenn man dies ernst meine, so müsse man für den gestellten Antrag stimmen.

Er macht darauf aufmerksam, dass derzeit auch in Ehringshausen über die Aufstellung eines gestifteten Kunstwerkes debattiert werde. Über die Standortfrage entscheide hier, ganz selbstverständlich, der Ortsbeirat in Ehringshausen. Es sei nicht nachzuvollziehen, warum dies nicht für Greifenthal in gleicher Weise gelte.

Nach allen Geschehnissen habe er großes Vertrauen darin, dass im Ortsbeirat Greifenthal die Entscheidung mit großem Bedacht getroffen werde und eine faire und demokratische Lösung gefunden werden könne. Dafür sei es notwendig, dass die die es vor Ort angehe, in Ruhe, auf Augenhöhe und auf Stand Null an einen Tisch gebracht werden müssten. Abschließend macht er deutlich, dass es seiner Einschätzung nach im Fall keine Gewinner oder Verlierer geben könne und bei Ablehnung des Antrages der Streit keineswegs beendet sei. Daher appelliert er für eine breite Zustimmung.

Bürgermeister Mock erwidert, dass er bereits in der vorangegangenen Sitzung ausführlich Stellung genommen habe. Inhaltlich gebe es nichts Neues, weshalb er keinerlei Bedarf sehe das Gesagte zu wiederholen. Sowohl er, als auch Gemeindevertreter Schweitzer hätten dabei eigene Fehler eingeräumt und benannt. Heute sei es Aufgabe der Politik über das weitere Vorgehen zu entscheiden. Er widerspricht vehement der Darstellung, dass er sich „keiner Diskussion gestellt“ habe. Dies entspreche in keinster Weise den Fakten. Er habe lediglich einer einzigen Sitzung nicht beigewohnt und dies auch nur daher, weil die eingesetzte Kommission einen tragbaren Kompromiss gefunden habe sowie ganz eindeutig erklärt habe: „damit können wir leben“. Dies stelle den einzigen Grund für die Abwesenheit dar. In der vorherigen Sitzung des Beirates habe es eine ausführliche Diskussion zu dem Thema gegeben, in der er alle Beweggründe offen und deutlich dargestellt habe und jede Möglichkeit zur Teilhabe vorgelegen habe. Ebenso vehement widerspricht Bürgermeister Mock der durch die Bürgerinitiative geäußerten Behauptung er und Familie Gombel hätten sich hier persönliche Vorteile gesichert. Er „warte noch heute auf diesen angeblichen Vorteil“. Im Folgenden erteilt er dem Ersten Beigeordneten Eckhardt das Wort.

Erster Beigeordneter Eckhardt macht einleitend deutlich, dass Bürgerwille natürlich ganz klar Respekt verdiene, dass dies niemand in Abrede stelle und die FWG zu diesem Wert fest stehe. Für ihn sei der Fokus der Aufmerksamkeit auf die Sitzung des Ortsbeirates vom 04.04.2012 zu setzen. Alle Beteiligten - Ortsbeirat, Bürgerinitiative, Familie Gombel und Bürgermeister - seien anwesend gewesen und es habe eine offene und kontroverse Diskussion stattgefunden. Dabei sei schnell erkennbar gewesen, dass die Bürgerinitiative gegen die Aufstellung der Stelen eingestellt gewesen sei. Er habe damals seine Bedenken geäußert, gegen Ortsvereine und Dorf ein Denkmal zu errichten, daher habe er vorgeschlagen den anberaumten Einweihungstermin zu verschieben. Leider sei dieser Apell nicht aufgegriffen worden und Bürgermeister Mock habe für Beibehaltung des Datums plädiert. Konsens und Beschluss der Sitzung sei es gewesen den Text abändern zu lassen, ansonsten seien alle Anwesenden mehr oder weniger mit dem Geplanten einverstanden gewesen. Ein gefallener Beschluss verdiene Achtung und Verlass und könne nicht fahrlässig in kürzester Zeit wieder gekippt werden. Daher bestätigt

er die Abwesenheit des Bürgermeisters in der darauf folgenden Sitzung, da es einen stehenden Beschluss gegeben habe. Er macht seine Enttäuschung und seinen Ärger darüber deutlich, dass „man an diesem Abend schwer auf den Bürgermeister geschimpft“ habe, obwohl dieser nicht anwesend gewesen sei. Die Forderung nach einem Rückbau und die Kritik am Bürgermeister hätte seiner Ansicht nach am 04.04.2012 erfolgen müssen und nicht im Nachgang zu bereits getroffenen Entscheidungen. Er räumt ein, bei der Formulierung des Textes zur Rückbauforderung mitgewirkt zu haben, aber macht sehr klar, dass er nicht für einen Rückbau sei oder gewesen sei. Abschließend erklärt er, dass er am Tag der Einweihung Urlaub gehabt habe und ausschließlich aus diesem Grund der Zeremonie nicht beiwohnen konnte.

Gemeindevertreter Koch erklärt, dass hierbei alle Beteiligten Fehler gemacht hätten und man sich nun in einer sehr verfahrenen Situation befände. Diese Fehler seien auch eingestanden worden. Nun müsse man nach vorne schauen, denn an diesem Punkt gebe es keine Lösung mehr, mit der alle glücklich seien. Dies könne auch ein Ortsbeirat nicht ändern. „Persönliche Differenzen“ in Greifenthal könne Politik nicht ausräumen und dürfe sie nicht zur Grundlage von Entscheidungen machen. Es lägen keinerlei sachliche Gründe vor, die eine Versetzung des Denkmals rechtfertigen würden, weshalb die SPD auch keinen Handlungsbedarf sehe. Der Dorfplatz sei auch mit Stelen vollumfänglich nutzbar. Die ebenso laufende Debatte über die Aufstellung eines Kunstwerkes in Ehringshausen, sei mit dem vorliegenden Problem nicht zu vergleichen. Aber auch hier seien Bürgermeister und Gemeindevorstand letztlich Entscheider und auch hier habe der Ortsbeirat nur beratende Funktion. Abschließend kommentiert er bewusst nicht, die seiner Ansicht nach, zugrundeliegende politische Intention der CDU. Die Greifenthaler seien „klug genug diese Absichten zu bewerten“.

Gemeindevertreter Gombert ruft das Thema Bebauung des Kirchbergs in Erinnerung. Hier habe der Ortsbeirat Ehringshausen gegen eine Bebauung plädiert und sich erneute Beratungen erbeten. Im Folgenden seien es Karl-Heinz Eckhardt und die FWG gewesen, die mit der Ansicht, dass der Ortsbeirat vorzugehen habe, letztlich für das Überstimmen des Bürgermeisterwillens zu diesem Zeitpunkt gesorgt hätten. Er macht seine Hoffnung darüber deutlich, dass dies auch dieses Mal eintreten möge. Schließlich solle der Wahlspruch der FWG künftig nicht lauten „Bürgermeisterwille verdient Respekt“.

Gemeindevertreter Kunz freut sich einleitend über das zahlreiche Erscheinen der Zuhörer/-innen, gerade auch aus Greifenthal. Er macht deutlich, dass die Zeit nicht zurückgedreht werden könne und alle Beteiligten nicht fehlerfrei agiert hätten, wobei auch er sich nicht ausnehme. Das Dilemma, in dem man nun stecke, gründe auf Fehleinschätzungen aller Beteiligten. Da am Anfang der Gedanke gestanden habe etwas Gutes für den Ortsteil zu tun, habe Bürgermeister Mock die Notwendigkeit einer breiten Information nicht gesehen. Auch der Ortsbeirat habe weder Brisanz, noch Tragweite des Vorhabens erkannt, sonst hätte dieser früher aktiv werden müssen und nicht am Kompromiss mitgewirkt und diesen mitgetragen. Familie Gombel habe mit den gemachten absurden Vorwürfen an Greifenthal die Bürger zusätzlich aufgebracht. Auch die Bürgerinitiative habe erst nach Aufstellen und Einweihung massiv ihre Gegenmeinung vertreten. Auch für Kunz stellt die Sitzung des 04.04.2012 das Zentrum der Betrachtung dar. Der Kompromiss habe gestanden, Aufstellung und Termin seien dort fixiert worden. Die folgend bestellte Kommission habe die Änderung des Inschrifttextes beschlossen. Am 26.04.2012 sei dieser Kompromiss dann vom Großteil der Bevölkerung abgelehnt worden und der Ortsbeirat habe die Versetzung der Stelen beschlossen.

Kunz gibt zu bedenken, dass eine Versetzung nicht einfach sei und gut bedacht werden müsse. Der Stelentext nehme direkt Bezug auf die Rettung verfolgter Juden

im Zweiten Weltkrieg. Eine Versetzung könne unbeabsichtigt von Personen und Gruppierungen falsch verstanden werden und die Folgen daraus seien unabsehbar. Weiter löse, seiner Ansicht nach, die Standortfrage keineswegs den Konflikt. Dem Ortsbeirat nun, wie beantragt, den „schwarzen Peter“ zuzuschieben, sei nicht zielführend. Vielmehr müsse das Gremium geschützt werden, da der Disput die Mitglieder stark unter Druck setze und diesen „keine ruhige Minute mehr lasse“. Es habe mit der Textänderung bereits bewirkt, dass ein Außenstehender keinerlei Bezug zur Familie Gombel mehr herstellen könne. Der gemachte Versetzungsantrag sei durch Gemeindevorstand und Hess. Städte- und Gemeindebund gewissenhaft geprüft worden. Alle Befürchtungen seien dadurch zerstreut worden, der Platz sei nach wie vor uneingeschränkt nutzbar.

Den Kern des Konflikts lokalisiert Kunz nicht im Widerstand gegen die Gedenkstelen oder deren Standort, sondern gegen das Stifterehepaar und die Vorgehensweise. Demnach löse der gestellte Antrag nicht das Problem. Ein emotionsloser neuer runder Tisch mache nur Sinn, wenn alle bereit seien den eigenen Standpunkt kritisch zu hinterfragen und diesen Eindruck habe er mit Nichten gewonnen. An erster Stelle müsse man anderen Fehler zugestehen und diese verzeihen können. Jede Entscheidung führe zu einem unbefriedigenden Ergebnis, allerdings müsse nun trotzdem eine getroffen werden. Die Ablehnung des CDU-Antrages richte sich keineswegs gegen die Greifenthaler, noch sei sie politischen Konstellationen geschuldet, sondern sei rein sachbezogen.

Gemeindevertreter Rill macht deutlich, dass man nur auf die vorliegenden Fakten zurückgreifen könne, um sich zu orientieren, da weder die Ausschüsse, noch das Parlament vorher im Prozess eingebunden gewesen seien. Und Fakt sei, dass ein Kompromiss gefunden worden sei, der Grundlage der Errichtung der Gedenkstelen gewesen sei. Nun einen „Schlingerkurs“ in der Entscheidung zu fahren sei unzumutbar, weshalb er den CDU-Antrag ablehne.

Gemeindevertreter Gohl macht klar, dass seiner Ansicht folgend, Kommunalpolitiker die Aufgabe hätten auf aktuelle Situationen zu reagieren. Trotz gefundenem Kompromiss sei es doch nun einmal Fakt, dass es eine Bürgerinitiative gebe und durch Unterschrift bezeugt, eine erhebliche Anzahl an Greifenthaler Bürgern das Denkmal in jetziger Form ablehnte. Respekt vor Bürgerwillen müsse gelebt und nicht nur propagiert werden. Als Volksvertreter sei man angehalten das zu tun, was die Bürger wollten. Kein Greifenthaler sei gegen das Denkmal als solches. Man habe nicht die Aufgabe in den dahinter liegenden Disput einzugreifen, dies sei Privatsache. Allerdings habe man sehr wohl die Aufgabe den Willen der meisten Bürger zu vertreten. Er traue dem Ortsbeirat zu, mit Bedacht zu entscheiden und den Konflikt auszuräumen. Die geäußerten Bedenken einer möglichen argumentativen Verquickung von Versetzung und Holocaustbezug, ordnet er als „erstaunlich“ ein und wundert sich über die Fantasie derlei zu konstruieren. Die Wahrscheinlichkeit dessen, sei mehr als gering. Daher wirbt er um Zustimmung zum gemachten Antrag.

Gemeindevertreter Schweitzer erklärt, dass er „viele schöne Sonntagsreden“ zu hören bekommen habe. Thema sei aber nur die Vergangenheit gewesen, man solle aber lieber in die Zukunft schauen. Alle beteiligten Gruppen und Personen hätten Fehler gemacht, diese könne man aber wieder gut machen. Es bestehe heute die Möglichkeit alle Beteiligten wieder an einen Tisch zu bekommen und einen ergebnisoffenen Dialog zwischen Ortsbeirat, Fraktionsvertretern, dem Bürgermeister sowie der Bürgerinitiative aufzunehmen. So sei es, unter Moderation eines Mediators, noch möglich eine „vernünftige Lösung“ zu finden. Ergebnis könne doch unmöglich sein, dass Fehler zwar begangen worden seien, aber alles bleibe wie es sei, obwohl man ein „ganzes Dorf aufgebracht habe“. Daher rufe er zur Unterstützung des CDU-Antrages auf, mit der Ergänzung, dass nicht nur der

Ortsbeirat damit befasst werde, sondern unter Mediation der von ihm genannte Personenkreis. Er erklärt abschließend: „Man muss auch als Politiker mal Fehler eingestehen, man muss auch wenn man etwas falsch gemacht hat den Arsch in der Hose haben zu sagen, wir haben Fehler gemacht, lasst uns den Fehler nach Möglichkeit korrigieren“, so kämen alle Beteiligten mit einem „bauen Auge“ davon. Er richtet einen deutlichen Appell an das Plenum, die Entscheidung gut zu überdenken, „nichts über das Knie zu brechen“ und einen ergebnisoffenen Dialog aller Betroffenen nicht zu verhindern.

Bürgermeister Mock bezeichnet den gemachten Vorschlag als gut gemeint, habe jedoch mit der Formulierung „ergebnisoffen“ seine Probleme. Auf dem Tisch liege der Antrag des Ortsbeirates das Denkmal zu versetzen, daher frage er „Wo ist da die Ergebnisoffenheit?“

Gemeindevertreter Jakob erklärt, dass der bestehende Antrag bereits ergebnisoffen formuliert sei. Weiter sagt er, dass nach dieser Vorgeschichte der Ortsbeirat sehr besonnen agieren werde und die geäußerten Bedenken auf Unbedachtheit des Gremiums unbegründet seien. Die Mediation durch einen Unbeteiligten sei zu begrüßen.

Gemeindevertreter Gröf erläutert, dass das Wahlmotto seiner Partei (Bürgerwille verdient Respekt) sowohl Anspruch als auch Prämisse aller Entscheidungen der FWG sei. Man dürfe jedoch nicht dem Versuch folgen die Entscheidung nun auf den Ortsbeirat abzuwälzen. In derart verfahrenere und emotionaler Situation könne man dort nicht auf der Sachebene und logisch entscheiden. Sein Eindruck sei, dass die Mitglieder von Teilen der Bevölkerung massiv unter Druck gesetzt würden und nicht mehr „Herr ihrer eigenen Entscheidung“ seien. Deswegen könne das Gremium nicht alleine damit befasst werden. Bei Änderung des CDU-Antrags dahingehend, dass der von Gemeindevertreter Schweitzer genannte Personenkreis unter externer Mediation mit der Entscheidung betraut werde, könne die FWG-Fraktion zustimmen.

Gemeindevertreter Kunz schließt sich dem an.

Gemeindevertreterin Stopperka begrüßt eine Mediation, sieht dabei aber keinen Zusammenhang mit dem gestellten Antrag. Ein demokratischer Prozess habe stattgefunden und alle Beteiligungsmöglichkeiten geboten. Leider sei jedoch gemachte Erfahrung, dass die Ortsbeiratssitzungen wenig besucht würden, weshalb der Unmut im Nachhinein geäußert werde und nicht zum gebotenen Zeitpunkt. Ein Dialog im Fall, sei durch Ablehnung des Antrags keineswegs ausgeschlossen. Sie sieht politische Intentionen als treibende Kraft vorliegen.

Gemeindevertreter Rainer Bell erwidert, dass alle Mutmaßungen über hintergründige Intentionen seiner Fraktion „ins Leere laufen“. Es ginge nur um die Lösung des Themas und man müsse dazu zumindest den Versuch machen. Er stimme der vorgeschlagenen Erweiterung des Antrages zu und sieht darin eine Chance auf Lösung des Disputs, die bei Ablehnung vertan werde.

Bürgermeister Mock erklärt, dass der gestellte Antrag der CDU wie beantragt zur Entscheidung vorliege, er aber gerne bereit sei, die gemachten Vorschläge zur Schlichtung aufzunehmen und in seine weiteren Bemühungen um Klärung einfließen zu lassen.

CDU- und FWG-Fraktion beantragen eine fünfminütige Sitzungsunterbrechung, um sich über einen geänderten Beschlusstext abzustimmen. Diesem Antrag wird durch den Vorsitzenden entsprochen (Unterbrechung: 20.36 bis 20.43 Uhr).

Eine Einigung über einen geänderten Beschlusstext kann während der Sitzungsunterbrechung nicht erreicht werden. Nach Ende der Sitzungsunterbrechung stellt der Vorsitzende den Antrag der CDU-Fraktion zur Abstimmung.

Beschluss:

Die Gemeindevertretung überträgt dem Ortsbeirat Greifenthal nach § 82 Absatz 4 der Hessischen Gemeindeordnung die Angelegenheit „Endgültige Standortbestimmung für die von Frau Christa Gombel gestifteten Erinnerungsstelen“ widerruflich zur endgültigen Entscheidung.

Abstimmung: 12 Ja-Stimmen, 17 Nein-Stimmen

11. **Antrag der SPD-Fraktion vom 12.06.2012:**
Schaffung einer Ausweichbucht in der Chattenhöhe in Katzenfurt

Auf den Antrag der SPD-Fraktion vom 12.06.2012 wird verwiesen.

Beschluss:

Der Antrag wird zur Prüfung an den Gemeindevorstand verwiesen.

Abstimmung: einstimmig

Dr. Rauber
Vorsitzender

R u m p f
Schriftführer